



Hennef
DER BÜRGERMEISTER

Niederschrift

**über die Sitzung des Ausschusses für Soziales und
Stadtgesellschaft**

am

Wochentag	Datum
Mittwoch	24.05.2023

Übersicht über die gefassten Beschlüsse		
TOP	Beratungsgegenstand	Beschluss Nr.
	Öffentliche Sitzung	
1	Beschlussvorlagen	
1.1	Bestellung einer stellvertretenden Schriftführerin	166
1.2	Bericht zur städtischen Rentenberatungsstelle	167
1.3	Bericht zur Arbeit der Hennefer Tafel	168
1.4	Unterkünfte für zugewiesene Unterbringungsfälle; Antrag der CDU-Fraktion, FDP-Fraktion und Fraktion Die Unabhängigen vom 04.04.2023	169
1.5	Satzung der Stadt Hennef (Sieg) über die Unterbringung besonderer Bedarfsgruppen (Unterbringungssatzung)	170
1.6	Sozialdaten 2022 des Amtes für soziale Angelegenheiten	171
2	Anfragen	
3	Mitteilungen	
3.1	Aktionen der Stadt Hennef zum Aktionstag IDAHOBIT	
	Nicht öffentliche Sitzung	
4	Beschlussvorlagen	
5	Anfragen	
6	Mitteilungen	

Niederschrift

Vorbemerkungen

Beginn: 17:32 Uhr
Ende: 18:45 Uhr
Ort: Rathaus, Saal Hennef (T3.01), Frankfurter Straße 97, 53773 Hennef
Einladungsdatum: 10.05.2023
Nachtragsdatum: -

Vorsitzende/r: Simone Löffel
Schriftführer/in: Julia Gerhards-Funke

Anwesenheitsliste:

Vorsitzende/r

Löffel, Simone SPD

stellv. Vorsitzende/r

Stahn, Astrid Die Fraktion

Ratsmitglieder

Dederich, Claudia CDU

Engler, Claudia SPD

Herchenbach-Herweg, Veronika SPD

Keuenhof, Elisabeth CDU

Laier, Iris Bündnis 90 / Die Grünen

Laudan, Christoph CDU

Meinerzhagen, Norbert Die Unabhängigen

Tölle, Christian SPD

anwesend ab 17:36 Uhr

sachkundige Bürger/innen

Hauf, Bertram SPD

Jurgenowski, Heidemarie SPD

Kleinen, René CDU

Kraemer, Hans Egon Bündnis 90 / Die Grünen

Neusser, Maria CDU

Nosbach, Doris CDU

Schink, Monika Die Unabhängigen

Vendel, Eva CDU

Zillger, Florian FDP

Sitzung des Ausschusses für **Soziales und Stadtgesellschaft** am
24.05.2023

stellv. Ratsmitglied

Ehrenberg, Peter	CDU	Vertretung für Frau Uta Kugland
Fiedrich, Detlev	Bündnis 90 / Die Grünen	Vertretung für Herrn Kay-Henning Gockel
Keuter, Angelina	CDU	Vertretung für Herrn Dirk Mikolajczak
Lemke, Karin	SPD	Vertretung für Frau Dorothee Akstinat

Seniorenvertretung

Knust, Eberhard	Seniorenvertretung
-----------------	--------------------

Von der Verwaltung waren anwesend:

Aydogdu, Canan	Abteilungsleitung Amt für soziale Angelegenheiten
Herk, Martin	Beigeordneter Dezernat IV
Lorenz, Torsten	Leitung Amt für soziale Angelegenheiten
Zehrer, Sabine	stellvertretende Schriftführung

Gäste:

Kohler, Monika	städtische Rentenberaterin
Reetz, Bernd	Leitung Hennefer Tafel

TOP	Beratungsgegenstand	Beschluss Nr.
-----	---------------------	------------------

	Öffentliche Sitzung	
1	Beschlussvorlagen	

Die Ausschussvorsitzende, Frau Simone Löffel (SPD-Fraktion), eröffnete die Sitzung des Ausschusses für Soziales und Stadtgesellschaft.

Frau Löffel stellte fest, dass die Einladung ordnungsgemäß erfolgt und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Die Ausführungen hinsichtlich der von Frau Stahn (Die Fraktion) gestellten Fragen wurden in den Tagesordnungspunkt ‚Mitteilungen‘ verschoben.

Der Ausschuss für Soziales und Stadtgesellschaft beschloss einstimmig die Tagesordnung in der vorliegenden Form.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.1	Bestellung einer stellvertretenden Schriftführerin	166
-----	---	-----

Der Ausschuss für Soziales und Stadtgesellschaft beschließt:

Frau Sabine Zehrer wird zur stellvertretenden Schriftführerin des Ausschusses für Soziales und Stadtgesellschaft bestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.2	Bericht zur städtischen Rentenberatungsstelle	167
-----	--	-----

Frau Kohler (städtische Rentenberaterin) berichtet mündlich über die Arbeit der in interkommunaler Zusammenarbeit geschaffenen städtischen Rentenberatungsstelle seit Schaffung der Stelle vor etwas mehr als einem Jahr.

Die Fragen der Ausschussmitglieder Frau Vendel (CDU-Fraktion) und Frau Keuenhof (CDU-Fraktion) wurden durch Frau Kohler beantwortet.

Der Ausschuss für Soziales und Stadtgesellschaft nimmt die Ausführungen von Frau Kohler zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.3	Bericht zur Arbeit der Hennefer Tafel	168
-----	--	-----

Herr Reetz, Leiter der Tafel Hennef, berichtet über die gegenwärtige Situation der Tafel. Im Gebiet der Stadt Hennef sind aktuell 352 Tafelausweise im Umlauf – dahinter stehen mehr als 700 berechnigte Personen, die Ware bei der Tafel abholen dürfen. Die Waren werden an zwei Ausgabebtagen in der Woche, jeweils diens- tags und freitags, verteilt.

Aus verschiedenen Gründen herrscht derzeit ein Aufnahmestopp neuer Kunden bei der Tafel.

Die Fragen der Ausschussmitglieder Frau Keuenhof (CDU-Fraktion), Frau Stahn (Die Fraktion), Frau Engler (SPD-Fraktion), Frau Vendel (CDU-Fraktion), Herr Knust (Seniorenvertretung), Frau Löffel (SPD-Fraktion) und Herr Zillger (CDU-Fraktion) wurden durch Herrn Reetz beantwortet.

Der Ausschuss für Soziales und Stadtgesellschaft nimmt den mündlichen Bericht von Herrn Bernd Reetz (AWO Bonn/Rhein-Sieg e.V.) zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.4	Unterkünfte für zugewiesene Unterbringungsfälle; Antrag der CDU-Fraktion, FDP-Fraktion und Fraktion Die Unabhängigen vom 04.04.2023	169
-----	--	-----

Herr Zillger (FDP-Fraktion) ergänzte mündlich den vorliegenden Antrag.

Die Nachfrage von Frau Stahn (Die Fraktion) hinsichtlich der Verwendung der durch das Land NRW zur Verfügung gestellten Mittel zur Schaffung von Unterbringungsmöglichkeiten für Geflüchtete wurde durch Herrn Herkt, Beigeordneter Dezernat IV, beantwortet. Es handelt sich dabei um konsumtive Mittel, die zum Ausgleich der Fehldeckung im städtischen Haushalt vereinnahmt werden. Derzeit beläuft sich das Defizit im Bereich der Ausgaben für Geflüchtete auf über 4 Millionen Euro.

Der Ausschuss für Soziales und Stadtgesellschaft beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt, weiterhin eine zukunftsorientierte Unterbringung von zugewiesenen Unterbringungsfällen (Flüchtlinge, Asylbewerber, Geduldete usw.) zu prüfen und Alternativen zur Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften im gesamten Stadtgebiet aufzuzeigen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.5	Satzung der Stadt Hennef (Sieg) über die Unterbringung besonderer Bedarfsgruppen (Unterbringungssatzung)	170
-----	---	-----

Zunächst erläuterte Herr Herkt, Beigeordneter Dezernat IV, die vorgenommenen Änderungen in der Unterbringungssatzung. So wurde die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften in die Satzung aufgenommen, wodurch nunmehr alle Unterbringungsformen in der Satzung erfasst werden. Des Weiteren wurde die Gebührenkalkulation erneuert. Aus Praktikabilitätsgründen wurde die Hausordnung als Bestandteil der Unterbringungssatzung herausgenommen.

Herr Herkt verwies auf die Tischvorlage zum vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion hinsichtlich der Ermäßigung der Gebühren für die sogenannten Selbstzahler. Die Verwaltung schlug vor, den Beschlussvorschlag zur Satzungsänderung um die Ermäßigung für Selbstzahler im Gebührenverzeichnis als neue Ziffer zu ergänzen.

Die von Frau Stahn (Die Fraktion) gestellten Fragen hinsichtlich der Berücksichtigung der Hausmeisterkosten für das INTERKULT, sowie der Kosten für Internetanschlüsse in den Asylwohnungen wurden durch Herrn Lorenz, Leiter des Amtes für soziale Angelegenheiten, beantwortet.

Frau Stahn beantragte sodann:

Der Rat der Stadt Hennef (Sieg) beschließt nach Vorberatung durch den Ausschuss für Soziales und Stadtgesellschaft weiterhin die Hausordnungen für die Unterbringungssatzung.

Abstimmung:	ja-Stimmen	1	(Die Fraktion)
	Enthaltungen	0	
	nein-Stimmen	22	

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Die von Herrn Fiedrich (Bündnis 90/Die Grünen) auf das Gebührenverzeichnis bezogenen Fragen wurden durch Herrn Lorenz, Leiter des Amtes für soziale Angelegenheiten, teilweise bereits in der Sitzung beantwortet. Die übrigen Fragen werden wie folgt zur Niederschrift beantwortet:

Steuern und Abgaben:

Bei Gut Zissendorf werden Grundbesitzabgaben, Abfallgebühren und Abwassergebühren verbucht. Diese sind gem. Mietvertrag von der Stadt zu tragen und nicht in der Miete enthalten. Bei der Halle Am Kuckuck sind hier die Abwassergebühren enthalten. Grundbesitzabgaben fallen nicht an, da das Gebäude auf einem Schulgrundstück steht. Bei der Brinkmannhalle sind die Abfallgebühren enthalten, die Abwassergebühren und Grundbesitzabgaben für die Brinkmannhalle sind in der Miete inkludiert.

Position Miete:

Bei Gut Zissendorf handelt es sich zum einen um die Miete für das Grundstück (ohne Nebenkosten) und zum anderen um die Miete für die Container (inklusive Versicherung). Bei der Halle Am Kuckuck fallen Miete für einen Bauzaun um die Turnhalle herum und für die Einlagerung von Gegenständen aus der Turnhalle an. Bei der Brinkmannhalle handelt es sich um die Miete (inkl. Abwassergebühren und Grundbesitzabgaben) für das Objekt.

Bezüglich SBS:

Der Begriff „SBS“ umfasst das „selbstständiges bewegliche Sachanlagevermögen < 800 €“.

Tabelle für Wohnungen:

Hier werden jährlich unterschiedliche Wartungen, je nachdem welche für das Objekt erforderlich sind, durchgeführt. Da die genaue Höhe der anfallenden Wartungskosten nicht planbar ist, wird auf den Vorjahreswert zurückgegriffen. Die Wartung für Heizung, Dach und Schornstein werden daher nun einheitlich als „Wartung“ bezeichnet und als Summe dargestellt. Hier noch einmal der Hinweis, dass bei der Frauen-WG keine Grundsteuer anfällt, da sich die Wohnung auf einem Schulgrundstück befindet.

Frau Stahn (Die Fraktion) kritisierte verschiedene Punkte der Satzung und forderte in diesem Zusammenhang, den Satzungstext an mehreren Stellen abzuändern und anzupassen. Sie stellte klar, dass sie, vertretend für Die Fraktion, der vorliegenden Satzung nicht zustimmen werde. Herr Meinerzhagen (Die Unabhängigen) stellte im Verlauf einen Antrag zur Geschäftsordnung. Er beantragte das Ende der Rednerliste und Ende der Aussprache. Frau Stahn nahm die ihr erteilte Möglichkeit der Gegenrede wahr. Im Anschluss wurde über den **Antrag zur Geschäftsordnung** wie folgt abgestimmt:

Abstimmung:	ja-Stimmen	16	
	Enthaltungen	6	(Bündnis 90/Die Grünen, SPD)
	nein-Stimmen	1	(Die Fraktion)

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich

Es folgten Wortmeldungen zur Gebührenermäßigung der Ausschussmitglieder Frau Engler (SPD-Fraktion) und Frau Vendel (CDU-Fraktion).

Im weiteren Verlauf erfolgte zunächst die Abstimmung zum vorliegenden Tagesordnungspunkt mit folgendem Wortlaut:

Der Ausschuss für Soziales und Stadtgesellschaft empfiehlt dem Rat der Stadt Hennef (Sieg), die als Anlage 1 beigefügte Satzung über die Unterbringung besonderer Bedarfsgruppen (Unterbringungssatzung) zu beschließen.

Abstimmung: ja-Stimmen 19 (CDU, Die Unabhängigen, FDP, SPD)
Enthaltungen 0
nein-Stimmen 4 (Bündnis 90/Die Grünen, Die Fraktion)

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich

Anschließend stimmte der Ausschuss über den Antrag der SPD-Fraktion (Tischvorlage) ab:

Die Verwaltung erarbeitet zur Ratssitzung eine Änderung des Satzungstextes, um eine Gebührenreduzierung für „Selbstzahler“ sowie eine Härtefallregelung zu ermöglichen.

Abstimmung: ja-Stimmen 23
Enthaltungen 0
nein-Stimmen 0

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.6	Sozialdaten 2022 des Amtes für soziale Angelegenheiten	171
-----	---	-----

Frau Herchenbach-Herweg bat darum, hinsichtlich der Bezieher von Leistungen nach dem SGB XII zukünftig Vergleichszahlen über mehrere Jahre im Sozialdatenbericht aufzuzeigen.

Die Nachfrage von Frau Stahn (Die Fraktion) zu einem konkreten Bauvorhaben im geförderten Wohnungsbau wurde in den nicht öffentlichen Teil der Sitzung verwiesen.

Der Ausschuss für Soziales und Stadtgesellschaft nimmt den Sozialdatenbericht 2022 der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

2	Anfragen	
---	-----------------	--

Frau Herchenbach-Herweg (SPD-Fraktion) fragte an, wie mit den Ergebnissen der 1. Hennefer Sozialkonferenz weiter verfahren wird. Herr Herkt, Beigeordneter Dezernat IV führte dazu aus, dass die Ergebnisse derzeit durch die Verwaltung ausgewertet und zusammengefasst werden. Im Anschluss sollen diese an die teilnehmenden Personen, Institutionen, sowie politischen Gremien versandt werden. Eine Fortsetzung/Wiederholung der Sozialkonferenz wird als notwendig erachtet.

Weiterhin bat Frau Herchenbach-Herweg um eine frühzeitigere Terminbekanntgabe zu städtische Informationsveranstaltungen und regte an, die Terminierung

Weiterhin bat Frau Herchenbach-Herweg um eine frühzeitigere Terminbekanntgabe zu städtische Informationsveranstaltungen und regte an, die Terminierung solcher Veranstaltungen verwaltungsintern besser zu koordinieren, um Terminüberschneidungen weitestgehend zu vermeiden. Dies wird verwaltungsintern weitergegeben.

Frau Stahn erkundigte sich zum Stand einer Personalangelegenheit. Die Beantwortung wurde in den nicht öffentlichen Teil verwiesen.

3	Mitteilungen	
---	---------------------	--

Durch Herrn Herkt, Beigeordneter Dezernat IV, erfolgte die Beantwortung der durch Frau Stahn (Die Fraktion) zu Beginn der Sitzung gestellten Fragen.

Hinsichtlich der Verwendung der Gelder aus dem Stärkungspakt NRW führte Herr Herkt an, dass dem Ältestenrat der Stadt Hennef eine Zusammenstellung der geplanten Maßnahmen durch Bürgermeister Mario Dahm vorgetragen wurde. Vorrangig ist angedacht, die Gelder in Form von Einzelfallhilfen über verschiedene Institutionen an die Zielgruppen weiterzugeben. Überdies ist das größte Projekt in der letzten Woche angelaufen: in Zusammenarbeit des Bürgermeisterbüros, des Amtes für Schule und Bildungskoordination und Sport und des Amtes für soziale Angelegenheiten werden Schulranzen an Erstklässlerinnen und Erstklässler aus Familien im Leistungsbezug ausgeteilt. In der nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales und Stadtgesellschaft wird die Verwaltung zur Verwendung der Gelder aus dem Stärkungspakt NRW berichten.

Im Hinblick auf die Landesmittel zur Finanzierung von Unterbringungsmöglichkeiten für Geflüchtete teilte Herr Herkt mit, dass außer den unter TOP 1.4 erwähnten Mitteln bisher noch kein Geld seitens des Landes angekommen ist das der Bund beim Gipfel mit den Ländern am 10.05.2023 zugesagt hat. Über die weitere Verwendung der Gelder wird die Kämmerin der Stadt Hennef im Haupt- und Finanzausschuss und dem Rat informieren.

In Bezug auf die Beteiligung der Stadt Hennef an dem kommunalen Integrationsmanagement (KIM) des Rhein-Sieg-Kreises verwies Herr Herkt auf die Informationen im Sozialdatenbericht des Amtes für soziale Angelegenheiten. Nach mehreren Gesprächen unter den beteiligten Personen hat die Verwaltung zum Ende des vergangenen Jahres beschlossen, die personelle Beteiligung an dem Prozess in Form des Einsatzes eines KIM- Mitarbeiters im INTERKULT zu beenden. Die freigewordenen Personalstunden wurden anderen beteiligten Kommunen zur Verfügung gestellt. Eine grundsätzliche Beteiligung am KIM- Prozess wird aber weiterhin aufrechterhalten.

3.1	Aktionen der Stadt Hennef zum Aktionstag IDAHOBIT	
-----	--	--

Der Ausschuss für Soziales und Stadtgesellschaft nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.